

Stadt Stadtallendorf
Fachausschuss für
Grundsatzangelegenheiten,
zentrale Steuerung, Finanzen
- Der Vorsitzende -

35260 Stadtallendorf, 15.03.2017

Tel.: (0 64 28) 707-153
Fax.: (0 64 28) 707-400

Niederschrift
über die öffentliche Sitzung des Fachausschusses für
Grundsatzangelegenheiten, zentrale Steuerung, Finanzen

Sitzungstermin:	Dienstag, 14.03.2017
Sitzungsbeginn:	19:32 Uhr
Sitzungsende:	20:32 Uhr
Ort, Raum:	Besprechungsraum 1, Zimmer-Nr. 2.29, Bahnhofstraße 2 (Rathaus), 35260 Stadtallendorf

Anwesend sind:

Herr Jürgen Berkei
Herr Werner Hesse
Herr Dieter Erber
Herr Michael Feldpausch
Herr Tobias Koch
Herr Klaus Ryborsch
Herr Wolfgang Salzer
Frau Olga Schmitt
Frau Fatma Sevilay Tosun
Frau Sigrid Waldheim
Herr Walter Witkus

Stadtverordnetenvorsteherin

Frau Ilona Schaub

Fraktionsvorsitzende:

Herr Winand Koch
Herr Hans-Georg Lang
Herr Manfred Thierau

Vom Magistrat:

Herr Christian Somogyi
Herr Otmar Bonacker

Von der Verwaltung:

Herr Friedrich Greib
Herr Klaus-Peter Riedl
Frau Bettina Stieler

Schriftführer:

Herr Bernd Zink

Entschuldigt fehlen:

Herr Stefan Rhein (Stellv. Stadtverordnetenvorsteher)
Frau Zehra Demir (Stellv. Vorsitzende Ausländerbeirat)

Tagesordnung:

- 1 Eröffnung und Begrüßung
- 2 Beratung von eingegangenen Anträgen
Beschlüsse
- 3 Annahme von (Betriebskosten-) Zuschüssen seitens privater Unternehmen für das Produkt 3001 – Betreuung von Kindern in Tageseinrichtungen
Vorlage: FB1/2017/0033
- 4 Haushaltssatzung 2017 und Investitionsprogramm 2016 bis 2020
Vorlage: FB1/2017/0010
- 5 Wirtschaftsplan der Stadtwerke Stadtallendorf für das Wirtschaftsjahr 2017
Vorlage: FB5/2016/0048
- 6 Wirtschaftsplan 2017 - Eigenbetrieb "Dienstleistungen und Immobilien"
Vorlage: Dul/2016/0018
- 7 Optimierung der EAM Sammel- und Vorschaltgesellschaften durch Verschmelzung
Vorlage: FB1/2017/0031
Kenntnisnahmen
- 8 Widerspruch gegen die vorläufige Festsetzung der Kreis- und Schulumlage 2017
Vorlage: FB1/2017/0028
- 9 Widerspruch gegen die Aufforderung zur Zahlung der Solidaritätsumlage für 2017
Vorlage: FB1/2017/0029
- 10 Beschlusskontrolle
- 11 Mitteilungen
- 11.1 Unterbringung von Flüchtlingen und Asylbegehrenden in Hessen
- 12 Verschiedenes

Inhalt der Verhandlungen:

Zu 1 Eröffnung und Begrüßung

Der Ausschussvorsitzende, Herr StV Berkei, eröffnet die Sitzung und begrüßt die Anwesenden. Im Besonderen begrüßt er Herrn Bürgermeister Somogyi, Herrn 1. Stadtrat Bonacker, Frau Stadtverordnetenvorsteherin Schaub, die Mitarbeiter von der Verwaltung und den Vertreter der örtlichen Presse. Er stellt fest, dass die Einladung form- und fristgerecht ergangen ist. Einspruch gegen die Tagesordnung erhebt sich nicht.

Zu 2 Beratung von eingegangenen Anträgen

Herr Ausschussvorsitzender Berkei ruft den Änderungsantrag der Fraktion „Bündnis 90/Die Grünen“ zum Haushaltsentwurf 2017 auf.

Herr StV Hesse wirft ein, es sei ein Antrag zum Haushaltsentwurf und solle auch im Rahmen dieses TOP behandelt werden. Der Ausschuss schließt sich seiner Ansicht an. Es erfolgen unter TOP 2 keine weiteren Wortmeldungen.

Zu Beschlüsse

**Zu 3 Annahme von (Betriebskosten-) Zuschüssen seitens privater Unternehmen für das Produkt 3001 – Betreuung von Kindern in Tageseinrichtungen
Vorlage: FB1/2017/0033**

Herr Bürgermeister Somogyi erläutert die Vorlage. Die Hintergründe, die zu der Vorlage führten, werden nochmals aufgezeigt.

Herr StV Hesse führt an, dass er froh sei über Form der separaten Abstimmung über den Zuschuss. Dieses Vorgehen dokumentiere die Akzeptanz zu diesem doch nicht alltäglichem Verfahren.

In diesem Zusammenhang teilt Herr Bürgermeister Somogyi mit, dass die Mitteilung in der Verwaltung vorliege, dass in der nächsten Zeit eine Gewerbesteuerückzahlung in Höhe von ca. € 9.500.000,00 zu leisten sei. Erste Anzeichen dafür habe es schon im Dezember 2016 gegeben. Die Höhe stand aber seinerzeit noch nicht fest. Es handele sich um Gewerbesteuerermessbescheide der Jahre 2014 bis 2016.

Herr Riedl von der Verwaltung erläutert, dass die Rückzahlung im Jahresabschluss 2016 als Rückstellung dargestellt werden soll. Das vorläufige Jahresergebnis 2016 erfährt eine Verschlechterung in Höhe der einzubuchenden Rückstellung.

Herr StV Feldpausch fragt an, ob die Rückzahlung nur an eine Firma zu leisten sei? Herr Bürgermeister Somogyi verweist auf das Steuergeheimnis und lässt die Frage von Herrn Feldpausch unbeantwortet.

Herr StV Ryborsch fragt nach, ob mehrere Jahresergebnisse rückwirkend geändert würden? Herr Riedl führt aus, dass die Änderung in dem Jahr vorgenommen wird, in dem die Tatsache bekannt war, also für 2016 (Wertaufhellende Tatsachen).

Herr Ausschussvorsitzender Berkei lässt über die Beschlussvorlage abstimmen.

Beschluss:

- 1.) Der Bericht des Magistrats an die Kommunalaufsicht Marburg-Biedenkopf vom 17.02.2017 bezüglich der Zuwendungen Dritter zum planerischen Haushaltsausgleich 2017 wird zur Kenntnis genommen.
- 2.) Die Annahme des (Betriebskosten-) Zuschusses seitens privater Unternehmen für das Produkt 3001 – Betreuung von Kindern in Tageseinrichtungen – wird beschlossen.

Abstimmungsergebnis: 6 dafür
 1 dagegen
 4 Enthaltungen

**Zu 4 Haushaltssatzung 2017 und Investitionsprogramm 2016 bis 2020
Vorlage: FB1/2017/0010**

Zum Haushaltsentwurf 2017 wurde von der Fraktion „Bündnis 90/Die Grünen“ ein Änderungsantrag eingebracht. Herr StV Feldpausch erläutert den Antrag; die

Fraktion „Bündnis 90/Die Grünen“ lehnen den Haushaltsentwurf 2017 in der vorgelegten Form ab.

Herr Bürgermeister Somogyi erläutert: Die Einsparvorschläge des Änderungsantrages der Fraktion „Bündnis 90/Die Grünen“ haben keine Auswirkungen auf den Ergebnishaushalt. Es bleibt bei einem Überschuss in Höhe von € 251,00. Weitere Erläuterungen zu den Einsparvorschlägen werden von ihm am Beispiel „Bürgerwindpark“ gegeben.

Herr Riedl erläutert die Auswirkungen auf den Haushaltsentwurf anhand einer Excel-Tabelle, die Bestandteil des Protokolls wird.

Herr StV Hesse fragt den Antragsteller nach den Zielen des Antrages? Für ihn ist eine Zielführung nicht ersichtlich! Er fragt nach, ob der Haushaltsentwurf ohne den Betriebskostenzuschuss auskommen soll? Er spekuliert darüber, dass Gründe gesucht würden, den Haushaltsentwurf abzulehnen.

Herr StV Feldpausch erläutert den Standpunkt der Fraktion „Bündnis 90/Die Grünen“. Er legt großen Wert darauf, über die Einsparvorschläge nochmals zu diskutieren.

Herr StV Lang nimmt für die CDU-Fraktion Stellung. Er erläutert, dass der Weg, der von der Fraktion „Bündnis 90/Die Grünen“ beschritten wird, der falsche sei. Der Antrag sei nicht zielführend.

Herr StV Hesse erläutert, dass die Änderungen, die am Haushaltsentwurf von der politischen Seite vorzunehmen seien, hier die geforderte Änderung der Haushaltsansätze, nicht zu leisten sei. Zur kurzfristigen Anpassung des Gewerbesteuerhebesatzes nimmt er sehr kritisch Stellung.

Herr Bürgermeister Somogyi greift die im Änderungsantrag aufgeführten „kleineren Deckungslücken“ auf. Er hat Schwierigkeiten eine Definition für die Wortwahl zu finden. Er führt aus, dass sparen oder einsparen an der falschen Stelle sich fatal auswirken können. Er führt hier als Beispiel den Wasserschaden im Schweinsberger Bürgerhaus an, weil Dachsanierungsarbeiten geschoben wurden.

Herr Riedl verweist auf das Kommunalrecht: Der Satzungsbeschluss in Sachen Haushalt ist an eine sehr feste und strikte Form gebunden. Davon darf und kann nicht abgewichen werden, sonst ist die Genehmigungsfähigkeit gefährdet.

Herr StV Erber fragt nach Positionen auf der Seite 34 des Haushaltsentwurfes. Herr Riedl beantwortet die Frage.

Vor der Sitzung wurden die Seiten 323, 324, 329 und 330 des Haushaltsentwurfes als Austauschseiten „Neu“ an die Ausschussmitglieder verteilt. Die Austauschseiten sind Gegenstand der Abstimmung.

Der Ausschussvorsitzende Berkei lässt über den Änderungsantrag der Fraktion „Bündnis 90/Die Grünen“ abstimmen:

Antragstext:

Der Haushalt 2017 wird folgendermaßen geändert:

Produkt 1005:	Wird um 700.000 EUR (Windpark) gekürzt und auf die
----------------------	--

Beratungsergebnis: Zur Kenntnis genommen

Zu 9 **Widerspruch gegen die Aufforderung zur Zahlung der Solidaritätsumlage für 2017**
Vorlage: FB1/2017/0029

Kenntnisnahme:

Der beigefügte Widerspruch gegen die Aufforderung zur Zahlung der Solidaritätsumlage für 2017 wird zur Kenntnis genommen.

Beratungsergebnis: Zur Kenntnis genommen

Zu 10 **Beschlusskontrolle**

Herr Stadtverordneter Ryborsch fragt nach der Vorlage: CDU/2017/0002 betreffend Friedhofsparkplätze in der Kernstadt, Antrag gem. § 14 GO der CDU-Fraktion vom 29.01.2017, warum die Verwaltung in dieser Angelegenheit noch nicht weiter ist. Er moniert, dass durch das Warten auf eine Begehung wertvolle Zeit verstreichen würde. Herr Bürgermeister Somogyi verweist auf die Tatsache, dass noch kein beschlossener Haushalt vorliege und noch keine Aktivitäten unternommen werden können.

Zu 11 **Mitteilungen**

Zu 11.1 **Unterbringung von Flüchtlingen und Asylbegehrenden in Hessen**

Herr Bürgermeister Somogyi verweist auf ein Schreiben des Hessischen Ministeriums der Finanzen betreffend die Unterbringung von Flüchtlingen und Asylbewerbern in Hessen. Hier: Entscheidung der Landesregierung zum Standortorganisationskonzept. Beschluss über die Passivstellung des Stadtortes „Hessenkaserne“. Das o. a. Schreiben wird dem Protokoll als Anlage beigefügt.

Zu 12 **Verschiedenes**

Es ergeben sich keine Wortmeldungen.

Der Ausschussvorsitzende bedankt sich für die Mitarbeit und schließt die Sitzung.

Jürgen Berkei
Vorsitzender

Bernd Zink
Schriftführer